

Haushaltsrede der FDP vom 22.03.2010 zum Doppelhaushalt 2010/2011

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Ratskolleginnen und -kollegen,
meine Damen und Herren !

Ich möchte meine diesjährige Rede in 3 Hauptpunkte untergliedern:

1. Rückblick
2. Haushaltsplanung 2010/2011
3. Konsequenzen der Politik

Zu 1: Rückblick

In der Haushaltsrede 2006 habe ich bereits von dem strukturellen Defizit der Gemeinde Schalksmühle gesprochen und unseren Bürgermeister zitiert, der sagte: "Schalksmühle hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem". Damals hatte der Bürgermeister Recht.

Das hat sich nun geändert.

Schalksmühle hatte in 2009 neben dem Ausgabenproblem nun auch ein durch die Wirtschaftskrise hervergerufenes akutes Einnahmenproblem.

Das sind die Fakten:

Der Haushaltsplan 2009 sah ein Defizit von knapp 2 Mio € vor, daraus sind dann letztendlich ca. 4,7 Mio € geworden. Der größte Teil dieser immensen Differenz geht auf einen regelrechten Einbruch der Gewerbesteuer zurück, auf deren Unkalkulierbarkeit ich in meiner Haushaltsrede 2009 hingewiesen habe.

Die Ausgleichsrücklage hatte zum 01.01.2009 einen Stand von € 7.568.882,-
Der Verlust lt. Ergebnisrechnung wird 2009 ca. € 4.700.000,-
betragen.

Danach verbleibt ein Ausgleichsrücklagenbetrag von € 2.868.882,-
zum 01.01.2010.

Diesen Betrag kann man aus verschiedenen Sichtweisen sehen nach dem Motto:
Das Glas ist halb voll, das Glas ist halb leer.

Die erste Sichtweise ist die, dass man sich auf den Standpunkt stellt: es wird schon reichen für die nächsten zwei Jahre, s. Haushaltsplan 2010/2011.

(Das ist nach unserer Einschätzung der derzeitige Standpunkt der UWG und CDU).

Die alternative Sichtweise ist die, dass man

1. feststellt, dass man ca. 2/3 der Rücklagen in einem Jahr, nämlich im Jahr 2009, „verfrühstückt“ hat und danach
2. konstatieren muss, dass das nicht weiter gut gehen kann.

Lassen Sie mich gleich an dieser Stelle vorwegnehmen, dass die FDP ihren Schwerpunkt auf die zweite Feststellung legt.

Empfehlen möchte ich an dieser Stelle die Studie der Internetseite der Bertelsmann Stiftung „Wegweiser Kommune“. Wenn Sie dort die Kennzahlen der Gemeinde Schalksmühle mit denen der Städte Breckerfeld und Halver vergleichen, werden Sie feststellen, wo die strukturellen Defizite unserer Gemeinde liegen.

Zusammengefasst heißt es dort, dass die Einnahmen der Gemeinde Schalksmühle weit über dem Durchschnitt liegen. Die Ausgaben aber exorbitant auch. Zu den gleichen Feststellungen kam auch das Gemeindeprüfungsamt (GPA). Der Bericht und die Beratungen darüber liegen Ihnen allen vor.

Zu 2: Haushaltsplanung 2010/2011

Bei exakter Einhaltung des Haushaltsplans 2010/2011, den wir bezweifeln, aber dazu komme ich später noch, gestaltet sich der weitere Ablauf wie folgt:

Stand der Ausgleichsrücklage zum 01.01.2010:	€ 2.868.882,-
abzüglich „geplantes“ Defizit 2010	- € 773.689,-
Stand der Ausgleichsrücklage zum 01.01.2011:	€ 2.095.193,-
abzüglich „geplantes“ Defizit 2011	- € 1.780.452,-
Stand der Ausgleichsrücklage zum 01.01.2012:	€ 314.741,-

Mit dieser „Rücklage“ sollen wir dann also in die Haushaltsberatungen der Folgejahre starten. Das hält die FDP für mehr als waghalsig !

Soweit zu den Planungen lt. dem uns vorliegenden Papier.

Die FDP ist allerdings der Meinung, dass der Haushalt 2010/2011 zu viele Unsicherheiten enthält. Diese sind im Einzelnen:

1. Der geringere Verlust 2010 ist geschönt, da wir wir stille Reserven aufgelöst haben, ein so genannter Buchgewinn. Das ist ein einmaliger Vorgang, also nicht wiederholbar.
Zudem befinden sich diese 1,7 Mio € nicht in der Kasse.
Sie belasten daher den Finanzplan mit Liquiditätskrediten, auf deren Risiken ich später noch zu sprechen komme.
2. Die Einnahmen sind nach unserer Ansicht zu optimistisch angesetzt.
Die Gewerbesteuer ist hier wieder der größte Unsicherheitsfaktor.
Wir halten hier Mindereinnahmen von € 500.000,- bis 1 Mio € für durchaus realistisch.
3. Die Wirtschaftskrise hat erst vor kurzem bis auf die Verbraucher in Deutschland durchgeschlagen. Durch die Abwrackprämie wurden Autokäufe ins Jahr 2009 vorgezogen.
Das wird negative Auswirkungen auf die Umsatzsteueranteile der Gemeinde haben.
4. Durch das Gesetz zur Umsetzung steuerrechtlicher EU-Vorgaben und weiterer steuerlicher Vorschriften werden in NRW Mindereinnahmen von 650 Mio € erwartet.

Der Schalksmühler Anteil beträgt € 124.704,-.

Damit hätte unser Kämmerer bei Planerfüllung noch eine Ausgleichsrücklage zum 01.01.2012 von € 190.037,-.

5. Die Kreisumlage ist im Haushalt auf der Grundlage der prozentualen Abgabe, d.h. aufgrund des heutigen Prozentsatzes kalkuliert (auf der Grundlage höherer Steuereinnahmen der Kommunen in der Vergangenheit).
Hier liegt der Teufel im Detail.
Als gesichert kann angesehen werden, dass der Kreis mehr Aufwendungen für soziale Ausgaben haben wird.
Diesen Aufwand legt er um.
Da alle Kommunen dies in der absoluten Summe werden bezahlen müssen, wird der Umlagesatz naturgemäß höher werden.
Das ist eben der Unterschied zwischen relativen und absoluten Abgaben.
Hier liegt eine noch nicht bezifferbare Unsicherheit in mindestens 3-stelliger Höhe !
6. Die Personalausgaben wurden mit einer Steigerung von 1% p.A. einkalkuliert. Der Tarifabschluss sieht etwas anderes (mehr) vor.
Auswirkung: ca. 30.000,- bis 40.000,- für die Jahre 2010/2011
7. Bereits heute (Stand 22.03.2010) hat die Gemeinde Liquiditätskredite - auch Kassenkredite genannt - von ca. 4 Mio € aufgenommen.
Der Bürger würde sagen: Das Konto überzogen.
Falls der Zinssatz steigt, würde der jährliche Aufwand für Zinsen pro Prozentpunkt um € 40.000,- steigen.
3 Prozentpunkte, d.h. ca. € 120.000,- pro Jahr sind hier durchaus denkbar.

Die oben angeführten Punkte lassen die FDP zu dem Schluss kommen, dass der vorliegende Doppelhaushalt zwar handwerklich einwandfrei ist und dem Gesetz entspricht. Er ist aber für uns mehr Ausdruck der Hoffnung als realitätsnah.

Zu 3: Konsequenzen der Politik

Ich persönlich bin der traurigen Meinung, dass dieses System, in dem Umverteilungen von Land und Bund vorgenommen werden, die nicht ausfinanziert sind, in absehbarer Zeit kollabieren wird.

Dennoch sind alle Ratsmitglieder und die Verwaltung aufgefordert, deswegen nicht „die Flügel zu strecken“, sondern sich, solange es eben geht, den gesetzlichen Gegebenheiten anzupassen und das Bestmögliche zu geben, was in ihrer Macht steht. Dazu gehört in diesen Zeiten auch der absolute Wille, den Haushalt entgegen aller Widrigkeiten derart anzupassen, dass er zukunftsfähig ist.

Genau diesen Willen vermissen wir in Teilen dieses Gremiums.

So seltsam, wie es erscheinen mag, muss ich sagen, dass uns dieser Wille bei der SPD am augenscheinlichsten ist.

Aus dem Abstimmungsverhalten der SPD ist ersichtlich, dass sie den bisherigen Vorschlägen der FDP nicht sämtlich negativ gegenüber steht.

Bei der CDU erkennen wir derzeit keine Handlung.

Was die UWG anbetrifft, gibt es eine inhomogene und kontroverse Haltung, die ich hier exemplarisch aufführen möchte:

1. Die UWG lehnt einen Antrag der FDP auf Zieländerung im Bereich „Förderung von Kindern ...“ (Anm: Kindergärtenplätze-demografische Entwicklung) mit dem Ziel, jährlich im Haushalt 2010/2011 € 60.000,- einzusparen im Hauptausschuss **strikt** ab.
Begründung: „Pauschalität“ und „Alibifunktion“.
Gleichzeitig legt sie ein Papier vor, dass genau in diesem Bereich € 100.000,- einsparen soll. Möglichst **schnelle** Gespräche sollen mit allen Trägern von Kindergärten geführt werden !
Hier muss man sich wirklich fragen, wo der politische Ursprung liegt und ob die UWG nicht populistisch handelt (das ist im übrigen das neue Totschlagargument, auf alle Vorschläge der FDP reflexartig negativ zu reagieren).
Ein paradoxeres Verhalten ist mir bisher nicht vorgekommen.
2. Einen Vorschlag der FDP, den Zuschussbedarf der Gemeinde zur Musikschule auf € 160.000,- zu reduzieren, bescheidet die UWG ebenfalls negativ. Begründung: „... würde mit großer Wahrscheinlichkeit bestehende Strukturen zerschlagen .. und sei nicht gewünscht und konsensfähig“.
Dazu ist zu sagen:
Zum einen zerstört eine 3,8%ige Einsparung keine Strukturen und überdies wäre dies mit uns konsensfähig.
3. Lt. UWG sollen die Personalkosten um mindestens € 400.000,- reduziert werden. Außer der Tatsache, dass wiederum kein Zeitpunkt genannt wird ist es lt. Personalentwicklungsplan kurzfristig auch gar nicht möglich, wenn nicht betriebsbedingte Kündigungen ausgesprochen werden.
Ich empfehle Ihnen, einen Blick in diesen Plan zu werfen !
Dem Stellenplan hat die UWG aber zugestimmt !
Im Umgangsdeutsch würde man heutzutage sagen. „Hallo ?“
Wollen Sie, die UWG, uns hier die Quadratur des Kreises verkaufen ?
4. Lt. UWG sind es nur die Abschreibungen, die unseren Haushalt durcheinander bringen. Hierzu möchte ich meine Aussage aus der Haushaltsrede 2007 zitieren:

„Warum müssen Abschreibungen ausgewiesen werden ?
Es geht um die Erkenntnis, dass geschaffene Werte vergänglich sind. Nichts ist daher folgerichtiger, als die zu erwartende Lebensdauer zu schätzen und das investierte Kapital als Kosten kaufmännisch auf diese Lebensdauer zu verteilen.“
Ich möchte noch ein weiteres Zitat hinzufügen aus einem Schreiben unseres Kämmers vom 07.09.2009:

„Dabei muss ich deutlich sagen, dass unsere aktuelle Finanznot keineswegs ausschließlich als Folge des NKF zu bewerten ist. Ich denke, dass bereits in der letzten Sitzung des Hauptausschusses deutlich geworden ist, dass auch im kameralen Rechnungswesen bei der jetzigen Finanzlage ein Absturz in den Nothaushalt unvermeidlich wäre“. Z-Ende

Wenn Sie wirklich anderer Auffassung sind, dann sagen Sie den Bürgern auch, dass Sie nicht wie ein Kaufmann rechnen !

Und sagen Sie Ihnen auch, dass diese Bürger zwar in ihren Steuererklärungen und Bilanzen diese Grundsätze anwenden müssen, **Sie** aber der Auffassung sind, das alles gelte für die Haushaltsrechnung der Gemeinde Schalksmühle nicht !

Gleichzeitig akzeptieren Sie eine Auflösung der stillen Reserven als Buchgewinn. Da fragen Sie nicht nach. Den wollen Sie so stehen lassen. Das ist inkonsequent. Ich frage Sie daher allen Ernstes: Wollen Sie diese Ihre Meinung so tatsächlich aufrecht erhalten ?

Bei einem strukturellen Defizit von 1,5 Mio € „vereinfacht“ zu sagen, wir geben nicht mehr aus, als wir einnehmen, ist schon verwunderlich. Wo kommt der Kassenkredit von 4 Mio € denn her ?

Beenden Sie endlich Ihre Politik der heiligen Kühe !

Wenn Sie sich rühmen, 46% der Wählerstimmen erhalten zu haben, dann werden Sie dem bitte auch gerecht ! Sie haben damit auch eine 46%ige Verantwortung. Bitte sorgen Sie dann auch zu 46% dafür, dass unser Haushalt wieder stimmt !

Und das geht nicht ohne eigene Vorschläge mit einem Ergebnis von 0% !

Hiermit beende ich auch meine Schelte an die UWG.

An alle Ratsmitglieder gerichtet fordern wir:
Haben Sie den Mut zur Wahrheit und Klarheit !
Jedes andere Verhalten bringt uns nicht weiter !

Sicherlich brauche ich keine weiteren Begründungen, um Ihnen mitzuteilen, dass die FDP-Fraktion dem Haushalt 2010/2011 nicht zustimmen wird.

Wir danken der Verwaltung, insbesondere unserem Kämmerer, für die konstruktive Zusammenarbeit

und Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Jürgen Ebert
für die FDP-Fraktion im Rat der Gemeinde Schalksmühle